



Diese Baugenehmigung beinhaltet gleichfalls folgende Entscheidung:

- denkmalrechtliche Genehmigung gemäß § 7 Denkmalschutzgesetz (DSchG M-V)
hier: Umgebungsschutz eines Denkmals

Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

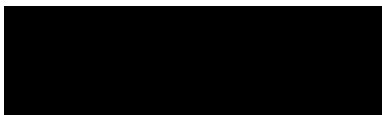
1 Abweichung

- 1.1 Für den Verzicht, den Halbmesser des inneren Fahrbahnrandes von Fahrbahnen der Zu- und Abfahrten vor Mittel- und Großgaragen von mindestens 5 Meter auszuführen (§ 3 Abs. 3 GarVO M-V i. V. m § 67 LBauO M-V). Dem Abweichungsantrag für die Reduzierung auf mindestens 1 Meter wird zugestimmt.
- 1.2 Für den Verzicht, bei Großgaragen neben den Fahrbahnen der Zu- und Abfahrten ein mindestens 0,8 Meter breiter Gehweg herzustellen (§ 3 Abs. 5 GarVO M-V i. V. m § 67 LBauO M-V). Dem Abweichungsantrag wird zugestimmt.

2 Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

- 2.1 Diese Baugenehmigung erlangt erst ihre Wirksamkeit, wenn mir als untere Bauaufsichtsbehörde eine **Unbedenklichkeitsbescheinigung** des Munitionsbergungsdienstes vorliegt. Das Vorhaben liegt innerhalb einer Fläche, die im Kampfmittelkataster des Munitionsbergungsdienstes eine Kampfmittelbelastung ausweist. Daher darf erst nach Vorlage der Bescheinigung mit der Bau- maßnahme einschließlich jeglicher Eingriffe ins Erdreich begonnen werden. Bezüglich weiterer Einzelheiten verweise ich auf das beigelegte Merkblatt.

Zuständige Stelle für die Überwachung:
Fachdienst Feuerwehr u. Kampfmittel



3 Nutzungsbeschränkung

- 3.1 Bestandteil dieser Genehmigung ist die Nutzung des Radsportzentrums für Trainingszwecken, sowie für den Schulsport. Öffentliche Veranstaltungen sind nicht Bestandteil dieser Genehmigung.

Auflagen

4 Ausführungsbeginn

- 4.1.1 Vor Baubeginn sind der Stadtwirtschaftlichen Dienstleistungen Schwerin folgende Nachweise vorzulegen:
- 4.1.2 Antrag auf Fällung der Bäume im Baufeld.

Anmerkung: Auf dem Baufeld befinden sich Bäume die unter Schutz stehen. Zur Durchführung der Baumaßnahme ist die Fällung der Bäume erforderlich. Der Antrag ist bei der nachfolgenden Behörde zu stellen bzw. einzureichen.

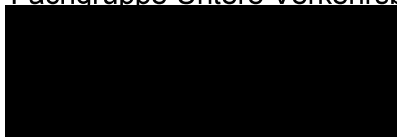
Eine Fällgenehmigung wird vorab in Aussicht gestellt. Zu beachten ist der Fällzeitraum von Oktober bis November. Die Durchführung der Fällung ist in diesem Zeitraum zu planen.

Zuständige Stelle für die Überwachung:
SDS – Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin
Bereich Öffentliches Grün/Friedhöfe



- 4.1.3 Vor Beginn der Baumaßnahmen (auch vorbereitende Maßnahmen) ist ein Konzept zu den Baustellenverkehren, zu den Auswirkungen auf angrenzende Verkehrsflächen bei der Unteren Verkehrsbehörde vorzulegen.

Zuständige Stelle für die Überwachung:
Landeshauptstadt Schwerin -
Fachgruppe Untere Verkehrsbehörde



5 Bauzustandsanzeigen

- 5.1 Spätestens mit der Baubeginnanzeige sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- 5.1.1 Fällgenehmigung für die Bäume im Baufeld
- 5.1.2 die Erklärung gemäß § 14 Abs. 1 der Bauvorlagenverordnung Mecklenburg-Vorpommern (BauVorIVO M-V) zu folgenden Nachweisen:
- a) Standsicherheit
 - b) Schallschutz
 - c) Erschütterungsschutz
- 5.1.3 die Erklärung des Tragwerksplaners, dass der Kriterienkatalog nach Anlage 2 BauVorIVO M-V erfüllt und eine bauaufsichtliche Prüfung des Standsicherheitsnachweises nicht erforderlich ist (§ 14 Abs. 2 BauVorIVO M-V). Für den Fall, dass die Kriterien nicht ausnahmslos erfüllt sind, darf mit dem Bau nicht begonnen werden und eine bauaufsichtliche Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist abzuwarten.

5.2 Anzeige der Nutzungsaufnahme

- 5.2.1 Gemäß § 82 Absatz 2 Satz 1 LBauO M-V hat der Bauherr die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung einer nicht verfahrensfreien baulichen Anlage mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.

6 Bauordnungsrecht

- 6.1 Baustellen sind so einzurichten, dass bauliche Anlagen ordnungsgemäß errichtet, geändert oder beseitigt werden können und Gefahren oder vermeidbare Belästigungen nicht entstehen (§ 11 LBauO M-V).

- 6.2 Dächer an Verkehrsflächen und über Eingängen müssen Vorrichtungen zum Schutz gegen das Herabfallen von Schnee und Eis haben (§ 32 Abs. 8 LBauO M-V).
- 6.3 Glastüren und andere Glasflächen, die bis zum Fußboden allgemein zugänglicher Verkehrsflächen herabreichen, sind so zu kennzeichnen, dass sie leicht erkannt werden können (§ 37 Abs. 2 LBauO M-V i. v. M. der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen M-V –Anlage A 4.2/2, nachfolgend VV TB M-V).
- 6.4 Fensterlose Bäder und Toiletten sind nur zulässig, wenn eine wirksame Lüftung gewährleistet ist (§ 43 Abs. 1 LBauO M-V). Dies gilt als erfüllt, wenn die Lüftung den Anforderungen der „Bauaufsichtlichen Richtlinie über die Lüftung fensterloser Küchen, Bäder und Toilettenräume in Wohnungen“ entspricht.
- 6.5 Die Eingangsbereiche zum Radsportzentrum müssen gegenüber der Zu- und Abfahrten von Stellplätzen verkehrssicher abgegrenzt werden. Das gleiche gilt für den mind. 1,25 m umfl. breiten Erschließungsweg entlang des Funktionstraktes.
- 6.6 Barrierefreiheit (§ 50 Abs. 2 LBauO M-V i. v. M. § 51 LBauO u. VV TB M-V (Anlage A 4.2/29))
- 6.6.1 Verkehrsflächen
- a. Erschließungsflächen unmittelbar an den Eingängen dürfen nicht stärker als 3% geneigt sein.
 - b. Treppen müssen Setzstufen haben. Trittstufen dürfen über die Setzstufen nicht vorkragen. Eine Unterschneidung bis 2 cm ist bei schrägen Setzstufen zulässig. Beidseitig von Treppenläufen und Zwischenpodesten müssen Handläufe einen sicheren Halt bei der Benutzung der Treppe bieten. Für sehbehinderte Menschen müssen die Elemente der Treppe leicht erkennbar sein.
 - c. Ein Leitsystem für sehbehinderte Menschen ist vorzusehen.
- 6.6.2 Bauteile
- d. Türen müssen deutlich wahrnehmbar, leicht zu öffnen und schließen und sicher zu passieren sein. Untere Türanschläge und -schwelen sind nicht zulässig. Sind sie technisch unabdingbar, dürfen sie nicht höher als 2 cm sein.
 - e. Bodenbeläge müssen rutschhemmend (sinngemäß mindestens R 9 nach BGR 181) und fest verlegt sein und für die Benutzung z.B. durch Rollstühle, Rollatoren und andere Gehhilfen geeignet sein. Anmerkung: Bodenbeläge für den Sanitärbereich siehe DIN 18040/1 Nr. 5.3.5.
 - f. In den Umkleidebereichen muss mindestens eine Umkleidekabine für das Aufstellen einer Liege nach DIN 18040-1 Nr. 5.3.6 geeignet sein. Es sind auch Klappliegen möglich.

7 Brandschutz

- 7.1 Der Brandschutznachweis ist als Bauvorlage nach § 1 BauVorIVO MV zur bauaufsichtlichen Prüfung nach § 66 LBauO MV vorzulegen. Da von zu errichtenden und zu ändernden Anlagen keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere Leben und Gesundheit, ausgehen darf, ist vor Abschluss der bauaufsichtlichen Prüfung nicht mit dem Bau zu beginnen. Bei Nichtbeachtung weise ich darauf hin, dass die Baustelle bis zum Abschluss des Prüfverfahrens stillgelegt (§ 79 Abs.1 LBauO MV) und ggf. die Nutzung untersagt (§ 80 Abs.2 LBauO MV) werden kann.

8 Verkehrsrecht

- 8.1 Während der gesamten Bauphase ist die Erreichbarkeit des Sportgymnasiums und der anliegender Sportstätten zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für Schülerverkehre aus/von der Wittenburger Straße auskommend.
- 8.2 Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Verschmutzung des öffentlichen Verkehrsraumes unbedingt zu vermeiden bzw. sind Verschmutzungen durch den Transport des Abbruchmaterials sofort und vollständig zu beseitigen. Die Säuberung des öffentlichen Verkehrsraumes hat täglich nach Beendigung der Transportarbeiten zu erfolgen. Sollten sich zusätzliche Reinigungsarbeiten auf der Straße durch den beauftragten Betrieb der Landeshauptstadt Schwerin erforderlich machen, werden die entstandenen Mehrkosten nach dem Verursacherprinzip als Ordnungsverfügung bzw. Ersatzvornahme gemäß § 61 Abs. 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG – MV) i.V.m. der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Landeshauptstadt Schwerin veranschlagt.

9 Wasserschutz

Zuständige Stelle für die Überwachung:
Landeshauptstadt Schwerin -
Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz



- 9.1 Es dürfen nur Abwasserleitungen verlegt werden, deren Dichtheit vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen wurde und spätestens alle weiteren 10 Jahre durch geeignete Verfahren überprüft wird (§ 3 i.V. mit Anlage 2 Pkt. 4.7 WSGVO-SN). Die Dichtheitsprüfung muss durch ein Fachunternehmen erfolgen und ist zu dokumentieren. Auf die DIN EN 1610 wird verwiesen.
- 9.2 Im Zusammenhang mit der Bautätigkeit dürfen keine wassergefährdenden Stoffe (auslaufende Öle, Kraftstoffe oder sonstige Betriebsstoffe) in den Boden gelangen. Entsprechende Hilfsmittel zur Schadensabwehr (Ölbindemittel, Auffangbehälter) sind während der Bauzeit vorzuhalten. Das Abstellen der Baufahrzeuge während der Ruhephasen hat nur auf wasserundurchlässig befestigten, gegen seitliches Abfließen gesicherten Flächen zu erfolgen.
- 9.3 Bei auftretenden Havariefällen mit wassergefährdenden Stoffen ist unverzüglich neben der Feuerwehr auch die untere Wasserbehörde Schwerin zu verständigen.

10 Bodenschutz

Zuständige Stelle für die Überwachung:
Landeshauptstadt Schwerin -
Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz



- 10.1 Aufgrund einer im digitalen Bodenschutz- und Altlastenkataster Mecklenburg-Vorpommern (dBAK) registrierten altlastverdächtigen Fläche im Vorhabenbereich (ältere anthropogene Auffüllungen, ggf. mit Müllablagerungen oder schadstoffbelastet) sind die für das Bauvorhaben notwendigen Erd- und Tiefbauarbeiten gemäß §56 Abs. 2 Landesbauordnung Mecklenburg-Vor-

pommern (LBauO M-V) durch einen geeigneten Sachverständigen nach §18 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) oder durch eine andere Person mit entsprechender Sach- und Fachkunde sowie der erforderliche gerätetechnische Ausstattung zu begleiten.

Die Beauftragung des Sachverständigen ist der zuständigen Bodenschutzbehörde der Landeshauptstadt Schwerin spätestens mit Anzeige des Baubeginns nachzuweisen.

10.2 Der Sachverständige ist u. a. mit folgenden Aufgaben zu beauftragen:

- Abstimmungen mit der zuständigen Bodenschutzbehörde vor und während der Erdarbeiten (v. a. beim Auffinden von Bodenkontaminationen bzw. Altlasten)
- Überwachung der Erdaushubarbeiten und Gewährleistung des sachgerechten Umgangs, Zwischenlagerung und Verwertung/Entsorgung der ausgehobenen Böden (v. a. Separierung der einzelnen Bodenschichten bei Aushub und Lagerung)
- Ermittlung des Schadstoffgehaltes der ausgehobenen Böden sowie Überwachung der fachgerechten Entsorgung schadstoffbelasteter Böden
- Dokumentation von Bodenbereiche mit ggf. verbliebenen Restkontaminationen

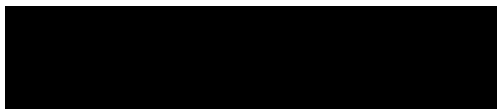
10.3 Die Ergebnisse der fachtechnischen Begleitung, einschließlich der o. g. Nachweise, sind dokumentarisch festzuhalten und in Form eines kurzen Abschlussberichtes der zuständigen Behörde spätestens mit Anzeige der Nutzungsaufnahme vorzulegen.

11 Naturschutz

Zuständige Stelle für die Überwachung:

SDS – Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin

Bereich Öffentliches Grün/Friedhöfe



11.1 Sollte sich im Einflussbereich der Baustelle nach § 2 der Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Schwerin (BSchS) geschützter Baumbestand befinden, darf dieser weder im Wurzelbereich noch im oberirdischen Bereich geschädigt werden. Das Abstellen von Baumaterialien und das Befahren mit Fahrzeugen im Traufbereich der Bäume ist/sind unzulässig. Die Vorgaben aus dem beigefügten „Merkblatt Baumschutz auf Baustellen“ sind einzuhalten. Sollte Baumbestand nicht erhalten werden können, ist ein Fällantrag zu stellen.

12 Immissionsschutz

Zuständige Stelle für die Überwachung:

Landeshauptstadt Schwerin -

Fachgruppe Immissionsschutz und Umweltplanung



12.1 An der angrenzenden Bebauung sind gemäß § 66 Abs. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) i. V. m. der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm-Geräuschimmissionen folgende Richtwerte durch Baulärm nicht zu überschreiten:

07.00 Uhr - 20.00 Uhr = 55 dB(A)
20.00 Uhr - 07.00 Uhr = 40 dB(A).

- 12.2 Pfahlgründungsarbeiten haben durch ein lärmarmes Prinzip, z. B. Vibrationsverdrängung oder Bohren, zu erfolgen.
- 12.3 Zur Vermeidung und Reduzierung von Lichtverschmutzung hat die Beleuchtung des Gebäudes und der Außenanlagen als flache (niedrige Montagehöhe) mit nach unten gerichteten Lichtkegeln, sowie mit einer Farbtemperatur kleiner 3000 Kelvin zu erfolgen.
- 12.4 Zur Vermeidung und Reduzierung von Lichtverschmutzung ist die Beleuchtung außerhalb der Betriebszeiten auszuschalten.
- 12.5 Um Belästigungen der Anwohner durch Lichtimmissionen zu vermeiden, hat die Beleuchtung der neuen Stellplatzflächen folgende mittlere vertikale Beleuchtungsstärke an den Fenstern von benachbarter Wohnnutzungen in einem allgemeinen Wohngebiet gemäß „Beschluss des Länderausschusses für Immissionsschutz vom 13.09.2012“ nicht zu überschreiten:
- $E(F) = 3 \text{ lx}$ von 06.00 Uhr - 22.00 Uhr (es gelten die Dunkelstunden innerhalb des Zeitraumes)
 - $E(F) = 1 \text{ lx}$ von 22.00 Uhr - 06.00 Uhr
- 12.6 Diese Werte beziehen sich auf weißes oder annähernd weißes Licht. Nach den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz besitzt intensiv farbiges Licht eine besondere Störwirkung.
- 12.7 Der Mindestabstand für die Nacht gemäß Parkplatzlärmstudie des bayrischen Landesamtes für Umweltschutz von 28 Metern zwischen dem kritischen Immissionsort in einem allgemeinen Wohngebiet und dem nächstgelegenen Stellplatz wird unterschritten. Dieser Abstand ist bei freier Schallausbreitung jedoch zur Einhaltung des Spitzenpegelkriteriums der TA Lärm notwendig. Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen, z. B. durch Türeenschlagen, dürfen die Immissionsrichtwerte nachts um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Tags gilt dagegen eine Entfernung von 1 Meter als ausreichend.

Dies betrifft die südlichen 29 Stellplätze und die südwestlichen vier Stellplätze. Für diese Stellplätze müssen Schallschutzmaßnahmen getroffen werden. Dies kann z. B. sein:

- Abschirmung durch bauliche Anlagen (fugenloser Bretterzaun mindestens 2,6 cm starken Elementen)
 - organisatorische Maßnahmen, die Bewegungen im Nachtzeitraum unterbinden.
- 12.8 Für die Tiefgarage ist gemäß § 16 Abs. 3 GarVO M-V von einem nach Bauordnungsrecht anerkannten Prüfsachverständigen der Fachrichtung Lüftung eine CO-Langzeitmessung nach Inbetriebnahme der Garage bei einer Stellplatzauslastung von mindestens 80 % über einen Zeitraum von mindestens einem Monat vorzunehmen.
- Die CO-Langzeitmessung in der Garage muss die lüftungstechnisch ungünstigen Bereiche in der Garage berücksichtigen. Die Auswertung ist mir innerhalb von zwei Wochen nach Messende zur Prüfung vorzulegen.

13 Gesundheits- u. Hygieneschutz

Zuständige Stelle für die Überwachung:
FG Amtsärztlicher Dienst/ Hygiene



- 13.1 Die Trinkwasser-Installation ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) zu planen, zu bauen und zu betreiben.
Rechtsgrundlage: § 17 Trinkwasserverordnung-TrinkwV in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2016 (BGBl. I S. 459) in der aktuell gültigen Fassung.
- 13.2 Errichtung und Inbetriebnahme der Trinkwasser-Installation sind dem Gesundheitsamt 4 Wochen im Voraus mittels Formular (Anzeige § 13 TrinkwV) schriftlich anzuzeigen.
Rechtsgrundlage: § 13 TrinkwV.
- 13.3 Vor Inbetriebnahme des Radsportzentrums ist die Trinkwasserqualität sicherzustellen. Dazu ist der Prüfbericht einer akkreditierten Trinkwasseruntersuchungsstelle über die Untersuchung einer Wasserprobe auf mikrobiologische Parameter nach Trinkwasserverordnung nachzuweisen.
Rechtsgrundlage: § 4 TrinkwV.

14 Abfallrecht

- 14.1 Die Maßgaben des § 9 Abs.5 Hausmüllentsorgungssatzung Schwerin bezüglich der Gewerbeabfallentsorgung sind zu beachten.
- 14.2 Gemäß § 9 Abs.5 der Hausmüllentsorgungssatzung der Landeshauptstadt Schwerin (HMES SN) müssen für die Erfassung der Gewerbeabfälle ausreichend große Behälter (Mindestbehältervolumen) bereitgestellt und dem SDS zur Entsorgung überlassen werden. Weiter schreibt die Gewerbeabfallverordnung eine getrennte Erfassung der Abfälle vor für: Altpapier / Kartonagen, Bioabfall, Altglas, Kunststoffe, Metalle, Holz, Keramik, Textilien.
Gemäß § 10 Abs. 2 HMES SN in der aktuellen Fassung sind die Abfallbehälter am Entsorgungstag satzungsgemäß aufzustellen und nach der Entleerung unverzüglich aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen.

15 Auflagenvorbehalt

- 15.1 Weitere Auflagen und Bedingungen die sich aus dem Fortschritt der genehmigten Maßnahmen ergeben, bleiben ausdrücklich vorbehalten (§72 (4) LBauO M-V i. V. m. § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG M-V).

Hinweise

16 Bauordnungsrecht

- 16.1 Das Öffnen und Schließen von Türen muss auch mit geringem Kraftaufwand möglich sein. Das wird erreicht mit Bedienkräften und -momenten der Klasse nach DIN EN 1221 7 (z.B. 25 N zum Öffnen des Türblatts bei Drehtüren und Schiebetüren). Andernfalls sind automatische Türsysteme erforderlich (siehe auch DIN 18650-1 und DIN 18650-2).
- 16.2 Zugangs- und Eingangsbereiche müssen leicht auffindbar und barrierefrei erreichbar sein. Die leichte Auffindbarkeit wird erreicht:

- für sehbehinderte Menschen durch eine visuell kontrastierende Gestaltung des Eingangsbereiches (z. B. helles Türelement/dunkle Umgebungsfläche) und eine ausreichende Beleuchtung;
- für blinde Menschen mithilfe von taktil erfassbaren unterschiedlichen Bodenstrukturen oder baulichen Elementen wie z. B. Sockel und Absätze als Wegbegrenzungen usw. und/oder mittels akustischer bzw. elektronischer Informationen. Die taktile Auffindbarkeit kann auch durch Bodenindikatoren erreicht werden.
Anmerkung: Bodenindikatoren werden z. B. in DIN 32984 geregelt.

- 16.3 Gebäudeeingangstüren sollten vorzugsweise automatisch zu öffnen und zu schließen sein. Sind Türschließer erforderlich, müssen diese so eingestellt werden, dass das Öffnungsmoment der Größe nach DIN EN 1154 nicht überschritten wird. Bodenbeläge sollten sich zur Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten für sehbehinderte Menschen visuell kontrastierend von Bauteilen (z. B. Wänden, Türen, Stützen) abheben. Spiegelungen und Blendungen sind zu vermeiden
- 16.4 Bedienelemente und Kommunikationsanlagen, die zur zweckentsprechenden Nutzung des Gebäudes durch die Öffentlichkeit erforderlich sind, müssen barrierefrei erkennbar, erreichbar und nutzbar sein. Bedien- und Ausstattungselemente und Bauteile müssen so gestaltet sein, dass scharfe Kanten vermieden werden, z. B. durch Abrundungen oder Kantenschutz.
- 16.5 Ausstattungselemente, B. Schilder, Vitрины, Feuerlöscher, Telefonhauben, dürfen nicht so in Räume hineinragen, dass die nutzbaren Breiten und Höhen eingeschränkt werden. Ist ein Hineinragen nicht vermeidbar, müssen sie so ausgebildet werden, dass blinde und sehbehinderte Menschen sie rechtzeitig als Hindernis wahrnehmen können.
- 16.6 Die Ausstattungselemente müssen sich visuell kontrastierend von ihrer Umgebung abheben. Wenn Kleiderhaken vorgesehen sind, sind sie in mindestens zwei Höhen für die sitzende und stehende Position vorzusehen.

17 Verkehrsrecht

- 17.1 Größere Baumaßnahmen mit erheblichen Baustellenverkehren und Auswirkungen auf öffentliche Verkehrsflächen stellen je nach Art und Umfang des Baustellenverkehrs eine Sondernutzung dar. Deshalb ist mindestens 2 Wochen vor Beginn der Erschließungs- und Bauarbeiten bei der unteren Verkehrsbehörde zur Festlegung der Fahrtroute, der Fahrzeuggrößen und der Beweissicherung sowie ggf. zum Treffen verkehrsrechtlicher Maßnahmen ein Antrag auf Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen zu stellen.

18 Wasserschutz

- 18.1 Das Regenwasserentwässerungskonzept vom 06.03.2023 mit maximal 15 l/s Einleitung in den öffentlichen Regenwasserkanal wird von der unteren Wasserbehörde mitgetragen. Die erforderliche Umsetzung bedarf der gesonderten Anschlussgenehmigung des Eigenbetriebes der Landeshauptstadt Schwerin „Schweriner Abwasserentsorgungsgesellschaft (SAE)“, die dort rechtzeitig vorab zu beantragen wäre.
- 18.2 Das Vorhaben befindet sich in der Trinkwasserschutzzone TWSZ III B. Die für das Bauvorhaben relevanten Verbots- und Nutzungseinschränkungen sind in den wasserrechtlichen Auflagen entsprechend formuliert worden. Ebenso sind auch die anderen Bestimmungen gemäß dem Katalog

der Verbote und Nutzungsbeschränkungen in Anlage 2 der Wasserschutzgebietsverordnung Schwerin vom 21.08.1995 einzuhalten, was insbesondere Eingriffe in den Boden betrifft.

19 Bodenschutz

- 19.1 Es wird dringend empfohlen, die Schadstoffbelastung der zukünftigen Aushubböden frühzeitig und im Zusammenhang mit der erforderlichen Baugrunduntersuchung durchzuführen.
- 19.2 Für jeden, der in den Boden eingreift, besteht eine gesetzliche Gefahrenabwehr- und Vorsorgepflicht gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen (§§ 4 Abs. 1 & 7 BBodSchG i. V. m. § 1 LBodSchG M-V). Unnötige Beeinträchtigungen und Schädigungen der Bodenbeschaffenheit sind stets zu vermeiden oder auf das notwendigste Maß zu reduzieren. Der Verursacher einer schädlichen Bodenveränderung ist bei dessen Eintreten verpflichtet, den Boden wieder so herzustellen, dass dauerhaft keine Gefahren, erheblichen Nachteile oder erheblichen Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen (§ 4 Abs. 3 BBodSchG).
- 19.3 Werden bei Eingriffen in den Boden Anhaltspunkte bekannt, dass eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt (z. B. durch ungewöhnliche Bodenverfärbungen, Ausgasungen, Abfallvergrabungen), so ist dies gemäß § 2 Abs. 1 LBodSchG M-V unverzüglich der zuständigen Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Eine Zuwiderhandlung stellt gemäß § 17 Abs. 1 & 2 LBodSchG M-V eine Ordnungswidrigkeit dar, welche mit einer Geldbuße bis fünfzigtausend Euro geahndet werden kann.

20 Abwasserrecht

- 20.1 In Bezug auf das Schmutzwasser ist bei der Schweriner Abwasserentsorgung, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Schwerin (SAE), ein Antrag auf Erlaubnis zum Anschluss an eine öffentliche Entwässerungsanlage zu stellen (§ 9 Abwassersatzung der Landeshauptstadt Schwerin).

21 Grundstücksfreiflächen

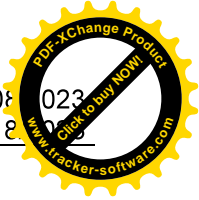
- 21.1 Die nicht mit Gebäuden überbauten Grundstücksflächen sind, soweit sie nicht in anderer zulässiger Weise genutzt werden, wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen (§ 8 Abs. 1 LBauO M-V).

22 Arbeitsschutz

- 22.1 Die Einhaltung der Vorschriften über den baulichen Arbeitsschutz war für diese Baugenehmigung nicht zu prüfen. Die Einhaltung dieser Vorschriften liegt in der alleinigen Verantwortung des Bauherrn und seines Entwurfsverfassers. Es wird empfohlen, sich bei Fragen hierzu an die zuständige Arbeitsschutzbehörde zu wenden.

23 Mitteilung an das Finanzamt

- 23.1 Im Zusammenhang mit der Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes, der Mineralgewinnungsrechte oder der Erhebung der Grundsteuer gemäß § 29 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes (BewG) i.V.m. § 111 der Abgabenordnung (AO) bin ich verpflichtet, den Finanzbehörden die mir im Rahmen meiner Aufgabenerfüllung bekannt gewordenen rechtlichen und tatsächlichen Umstände mitzuteilen. Um dieser Mitteilungspflicht nachzukommen, erhält das Finanzamt eine Mitteilung über die Erteilung der Baugenehmigung.



Kostenentscheidung

Die Baugenehmigung ist kostenpflichtig. Die Kosten werden durch einen gesonderten Kostenbescheid erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin in Schwerin eingelegt oder Klage bei dem Verwaltungsgericht in Schwerin erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dieser Bescheid wurde elektronisch erstellt und mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen.